

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

100 Tage Höchstleistung

Bilanz über die Arbeit der neuen Landrätin

Im Brandenburger Land sind nur wenige Arbeitsplätze nach 100 Tagen der kritischen öffentlichen Zensur ausgesetzt. Prominente Persönlichkeiten in hohen Ämtern werden bewertet.

Unsere gewählte Landrätin, Kornelia Wehlan, hat den Neustart in eine neue Kreispolitik souverän gemeistert. Die Arbeit begann nicht im freundlicher gestalteten Chefzimmer, sondern mit einer Belegschaftsversammlung im Kreishaus. Vom ersten Arbeitstag an begeisterte die neue Verwaltungschefin das leistungsbereite Kollektiv. Das gläserne Kreishaus atmet über alle Etagen mehr Sachlichkeit und Transparenz. Gemeinsamer Wille zur Veränderung wird deutlich.

Gewiss unterliegt das Barometer der Zufriedenheit vielen Einflüssen. Die Erwartungen und Sichtweisen zu den unbedingt erforderlichen Veränderungen können nicht deckungsgleich sein.

100 Tage sind von den Prioritäten einer langen Aufgabenliste bestimmt. Ob die Übersicht vollständig ist, vermag niemand zu beurteilen. Seit der ersten Stunde der Amtsausübung wird

allen Beteiligten klar: Das Oberhaupt in der kommunalen Familie ist eine kluge Frau mit höchsten Arbeitsansprüchen und klarer Ansage.

Das Bekenntnis zur Leistung für die notwendige Veränderung wird vorbildlich gelebt. Wohl niemand – außer Konni selbst – kann einschätzen, welcher Entscheidungsdruck mit einer Vielzahl von Problemen an jedem Arbeitstag zu bewältigen ist.

Und es gibt sie, die Schattenseiten der Hinterlassenschaften zurückliegender Jahre. Sie zählen nicht zur Bilanz der 100 Tage, haben aber ihre Wirkung als Zeitfresser mit Belastung für das gewollte Neue. Leichtfertige, falsche Entscheidungen in der Vergangenheit kosten nicht nur Kraft und Geld.

Ein eindeutig neuer Arbeitsstil in der Kreisverwaltung ist es, im Miteinander der Städte und Gemeinden Lösungswege für die Probleme der Kreisentwicklung zu finden. Die oft übliche Ignoranz mit dem Kleinkrieg gegenseitiger Forderungen und Schuldzuweisungen war gestern; heute dominiert der Meinungsaustausch in thematischen Arbeitsgruppen. Die Konsolidierung der Kreisfinanzen ist Chefsache ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Wie in jedem Jahr haben auch 2014 Zehntausende an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor nunmehr 95 Jahren erinnert. Politiker der LINKEN, unter ihnen die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie Fraktionschef Gregor Gysi.

Auch Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und Dietmar Bartsch nahmen an der Ehrung teil. Im Anschluss an den offiziellen Teil kamen zehntausende Berlinerinnen und Berliner und Gäste der Stadt und legten am Gedenkstein „Die Toten mahnen uns“ rote Nelken nieder. Auch zwei alternative Demonstrationzüge führten nach Berlin-Friedrichsfelde. <

Zitiert ...

*„Die Welt ist so schön und wert,
dass man um sie kämpft.“*

*Ernest Hemingway
1899 - 1961*

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

worden, Amtshilfe aus der Kreisstadt bringt mehr Fachkompetenz in die Kämmerei.

Akzeptanz und Normalität im Umgang mit den Verantwortungsträgern der Kommunen prägen den veränderten Leitungsstil. Es stimmt schon nachdenklich, wenn sich Bürgermeister erst jetzt mit ihren Einwendungen zum Finanzhaushalt ernst genommen fühlen.

So wie die Gemeindevertreter den sachlich-verbindlichen Arbeitsstil der Landrätin öffentlich loben, findet das Auftreten der Landrätin bei Veranstaltungen sehr viel Anerkennung.

Beim kürzlichen Jahresempfang des Landkreises für das Handwerk in Teltow-Fläming hat Konni in einer persönlichen Dankesrede auch ganz nebenbei ihr Erfolgsrezept „verraten“: Die eigene Berufserfahrung, die respektvolle Anerkennung von Arbeitsleistungen sowie leidenschaftlicher Einsatz für das Allgemeinwohl sind ihr wichtige Handlungsgrundlagen. Man kann sich sehr sicher sein, dass über die 100 Tage hinaus alle Schwerpunkte aus dem Landratswahlprogramm schrittweise umgesetzt werden.

So wie für die Kreisverwaltung sind auch für die Fraktionen und Ausschüsse des Kreistages die Anforderungen gewachsen. Die sachorientierte Ausschusstätigkeit gewinnt an Qualität, weil Verwaltungsvorlagen konkreter sind. Die Landrätin nimmt aktiv an der Entscheidungsfindung teil. So sind das Haushaltssicherungskonzept und die

Diskussion zu den Kaufoptionen des Kreishauses in weitgehender Übereinstimmung zustande gekommen. Die Sitzungen des Kreistages können die Fraktionsvorsitzenden mit der Landrätin am Tisch vorbereiten. Es bedarf



Seit 100 Tagen im Amt: Landrätin Kornelia Wehlan

keiner kooperativen Zusammenarbeit auf Vertragsbasis. Unsere Fraktion ist weit davon entfernt, die neue Sachlage zu idealisieren. Auch wenn in einer anderen Zeitung behauptet wird, DIE LINKE würde die anderen Fraktionen umarmen, trifft das nicht zu. Wir bleiben bei unseren politischen Inhalten und wissen sehr wohl um die Verantwortung für die eigene demokratische Mitgestaltung.

Das Jahr 2014 beginnt mit günstigen Voraussetzungen, der Erfolg mit konkreter Arbeit zu gestalten. So gesehen ist die 100-Tage-Bilanz eng verbunden mit den Konsequenzen und Folgewirkungen der Landratswahl.

Es gibt keine zwei Meinungen dazu, dass Konni Erfolg für unsere Partei auf verschiedenen Ebenen schwer zu kompensieren ist. Die Herausforderungen im laufenden Wahljahr sind real vorhanden. Kreisvorstand und Kreistagsfraktion haben sich darauf eingestellt. Die Beschlüsse zur personellen und inhaltlichen Vorbereitung der Wahlen sind gefasst.

Besonderer Dank der Gremien gilt deshalb Maritta Böttcher sowie Felix und Manfred Thier.

Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlkreisen hat großes Interesse für die aktive Mitwirkung an Landes- und Kommunalpolitik signalisiert. Besonders dafür ein herzliches Dankeschön an alle beteiligten Basisorganisationen. Die gemeinsame Klausurberatung der Mitglieder

von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion hat mit den Gast-Teilnehmerinnen Konni Wehlan und Kirsten Gurske sehr anschaulich unsere Verantwortung für die Fortsetzung des erfolgreichen politischen Wirkens herausgearbeitet.

Die Kurzbilanz von 100 Tagen Erfolg für unsere Landrätin soll durch aktives Mitwirken unserer Parteimitglieder und Unterstützer im Ehrenamt zur erfolgreichen Arbeit mit Langzeitwirkung ausgebaut werden.

Für das Wahljahr 2014 allen Beteiligten viel Erfolg mit persönlicher Zufriedenheit. Alles Gute!

Jürgen Akuloff,
Luckenwalde

Der Deutsch-Chinesische Freundschaftsverein Ludwigsfelde gestaltet am Freitag, dem 28. Februar 2014 um 17.00 Uhr in Ludwigsfelde in der Gaststätte „Zur Kegelbahn“, Potsdamer Str. 84 einen Vortrag zum Thema „Die VR China – eine Perspektive für die Entwicklung der Menschheit – meine Erfahrungen und Erlebnisse“, zu dem Harald Nestler, Mitglied der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, spricht. Der Freundschaftsverein lädt alle Interessenten herzlich dazu ein.

Über aktuelle Veranstaltungen können Sie sich auf unserer Internet-Seite www.dcfv-ludwigsfelde.de informieren. <

Schaffung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge in Teltow-Fläming

Beschluss anlässlich der Gesamtmittgliederversammlung des Kreisverbandes Teltow-Fläming am 30.11.2013

Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl.

Das Asylrecht wird in Deutschland nicht nur - wie in vielen anderen Staaten - auf Grund der völkerrechtlichen Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 gewährt, sondern hat als Grundrecht Verfassungsrang. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht.

Rund 570 Flüchtlinge werden Ende des Jahres in unserem Landkreis leben. Sie suchen sich ihren Wohnort nicht aus, sondern werden dem Landkreis von der Zentralen Ausländerbehörde des Landes Brandenburg zugewiesen - allein 271 in diesem Jahr.

Momentan gibt es zwei Übergangwohnheime für Asylbewerber mit 180 bzw. 97 Plätzen in Luckenwalde. Obwohl es bereits gelungen ist, einige Flüchtlingsfamilien in Wohnungen unterzubringen, reichen die derzeitigen Kapazitäten

in den Übergangwohnheimen nicht aus. Deshalb werden zwei einst geschlossene Häuser in Ludwigsfelde und Jüterbog wieder für die Nutzung ertüchtigt. Sie stehen aber erst im Januar bzw. Juni 2014 zur Verfügung, denn der Leerstand hat Spuren hinterlassen, die jetzt zu beseitigen sind.

80 Prozent der Asylsuchenden sind Familien, viele davon mit drei und mehr Kindern. Ihnen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch die Möglichkeit zur Integration zu bieten, ist eine große Aufgabe. „Ich danke den Einwohnern meiner Stadt, die diese Heimatlosen hier aufnehmen, ihnen mit Sachspenden, Rat und Tat helfen“, so Kornelia Wehlan, die selbst

in Luckenwalde wohnt. „Dabei spielt der interkulturelle Treff im Mehrgenerationenhaus eine wichtige Rolle“.

Die Asylbewerber haben ein starkes Bedürfnis, die deutsche Sprache zu lernen und sich in die örtlichen Gegebenheiten einzubringen. Die

finden werden, die diesen Menschen eine Hand reichen“, so Christiane Witt, die Integrationsbeauftragte des Landkreises

Erste Kontakte zu den Nachbarn - Produktionsschule, Oberstufenzentrum - wurden bereits geknüpft. Unterstützung signalisiert haben auch die Stadtverwaltung und der Verein Esperança.

Unser Kreisverband sieht es als seinen Auftrag an, sich auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten zu stellen. Wir wollen ihnen helfen, zur Ruhe zu kommen und ihr Leben neu ausrichten zu können.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Fragen und Ängste, aber auch viele praktische Ideen, wie sie den Menschen begegnen und helfen können.

Mit Sorge sehen wir, wie rechtsextreme Kräfte die Meinungsbildung an sich reißen wollen. Durch Ausschreitungen Rechtsextremer lässt sich eine sachliche Meinung nur schwer finden.

Wir möchten Mut machen, sich nicht von rechtsextremen Positionen beeinflussen zu lassen.

DIE LINKE möchte an einer Welt mitbauen, die Grenzen überwindet und Menschen in Not die Hand reicht.

Laden wir Familien zu Festen ein, lernen wir durch Begegnungen die Heimat der Fremden kennen, gestalten wir gemeinsame Erlebnisse.

Lassen wir Fantasie walten, wie durch Gesten der Menschlichkeit aus Fremden Freunde werden können!

Wir brauchen eine Willkommenskultur! 100 % sozial! <



Kinder sollen zur Schule bzw. in den Kindergarten gehen. Das funktioniert nur, wenn vor Ort entsprechende Unterstützung geleistet wird, wie z. B. in den Schulen Luckenwaldes.

Die Asylbewerber finden sicher in Ludwigsfelde ähnliche Unterstützung.

Weil das Asylbewerberheim in Birkengrund und somit am Rande der Stadt liegt, müssen hier größere Anstrengungen unternommen werden, damit sich die Neuankömmlinge einleben und integrieren können. „Auch wenn die meisten von ihnen sicher nicht für immer in Deutschland bleiben werden, sind sie doch zumindest zeitweise Teil unserer Gesellschaft. Ich bin sicher, dass sich auch in Ludwigsfelde Kitas, Schulen, Horte und Vereine

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Jüdische Menschen, jüdisches Leben – einstmals in unserer Region

Geschichte vor der Haustür - damals und heute

Es gab eine Zeit, in der gehörte jüdisches Leben zur Normalität, auch in unserer Stadt Luckenwalde. Wer weiß heute, dass wir bis 1932 mit Dr. Hermann Salomon einen jüdischen Bürgermeister hatten? Wer kennt heute noch die Namen der jüdischen Ärzte Luckenwaldes Dr. Ernst Arndt oder Dr. Leo Schwarzweiß?

Und was wurde aus ihnen und ihren Familien? Wo sind sie geblieben? Verjagt, verschleppt, deportiert, ermorde

So können wir heute über dreihundert Namen allein für Luckenwalde nennen, alles jüdische Menschen. Oder wir kennen fünf jüdische Familien allein in Trebbin. Und fünf Familien lebten auch in Jüterbog. Sie alle gehörten in unserer Region viele Jahrzehnte zur Normalität unseres Lebens.

Aber dann, 1933: Entrechtung, Enteignung ... verjagt, deportiert.

Wie war das dann nach 1945 mit dem Suchen nach ihnen? Wer von ihnen das Schreckliche überlebt hatte, kam nicht zurück zu uns. Wir waren in der neuen DDR wohl auch nicht „freundlich“ zu ihnen. In der westlichen Welt suchten sie ihr neues Zuhause. Es ist bitter, das sagen zu müssen. Die neu gegründete Jüdische Gemeinde in der DDR zählte insgesamt ca. 400 Mitglieder. Die wenigen, die dann auch bei uns leben wollten, auch sie bekannten sich nur selten als Juden, die das Schreckliche überlebt hatten.

Wir hatten am Stadtrand von Luckenwalde auch einen jüdischen Friedhof – schon seit dem 18. Jahrhundert. Wir retteten sein Überleben. In den 50er Jahren wurde ein Gedenkstein zu Ehren der jüdischen Bürger ge-

setzt. Aber dann, 1973, wurde der Friedhof wieder „abgeräumt“. Die Stadt brauchte ihn ja nicht mehr. Es ist bitter, das rückblickend zu sehen. Es gab nur einen schwachen Protest dagegen, und der kam von der evangelischen Kirche unserer Stadt.

Um 1988 – 50. Jahrestag der Pogromereignisse von November 1938 (übrigens auch geschehen in Luckenwalde).

Nun gab es den Luckenwalder Pfarrer Detlef Riemer. Ihm ist es zu verdanken, dass

die Geschichte der jüdischen Familien Luckenwaldes und ihr Verbleib mit großer Mühe der Vergessenheit entrissen wurde. Was wir heute wissen, verdanken wir vor allem ihm.

Was erinnert heute an die Geschichte? Sicher kennen wir unsere „Mendelsohn-Halle“, schon lange ein Weltkulturerbe. Der ehemalige jüdische Friedhof, 1988 mit drei kleinen Findlingen neu gestaltet, hat nun auch eine neue, sichtbar ehrenvolle Gestaltung bekommen. Wer zur Puschkinstraße fährt oder läuft, sollte



Gedenkstein bei Ahrensdorf

an der Gedenktafel vor dem Gebäude der ehemaligen jüdischen Synagoge stehen bleiben.

Auch hier bleibt mir nur zu sagen: Ohne das engagierte aktive Bemühen des nun ehemaligen Pfarrers der Lu-

ckenwalder Johannischen Kirche wäre das alles wohl kaum gelungen.

Hinzufügen kann ich erfreulich auch die ersten Stolpersteine in Luckenwalde und Trebbin. In Trebbin war die Initiative von Schülern der Goethe-Oberschule ausgegangen, die den ersten Stolperstein in der Stadt initiiert und dann gesetzt haben.

Hier in Luckenwalde verband sich das Engagement des Pfarrers Detlef Riemer mit den dann folgenden dankenswerten Bemühungen des Ortsvorstandes der Luckenwalder CDU. Und ich bin sehr froh, dass sie das taten.

Nun noch die Geschichte der jüdischen HACHSCHARA. Sie war völlig in die gesellschaftliche Vergessenheit geraten. Und das nicht nur hier bei uns, sondern deutschlandweit und darüber hinaus. 1936, also mitten in der Nazizeit, wurde im Jagdschlösschen BERDOTARIS, ziemlich abgelegen von der übrigen Welt, eine Stätte für jüdische Jungen und Mädchen zur Vorbereitung auf eine Ausreise nach dem damaligen Palästina eingerichtet. Aber wer wusste in den Jahren 1936, 1937, 1938 von der Existenz dieser Stätte jüdischen Lebens zwischen Löwendorf und Ahrensdorf? Es herrschte ein bewegtes Leben hier. 60 Jungen und 20 Mädchen fanden hier Platz. Sie kamen aus fast allen Teilen Deutschlands hierher nach „Ahrensdorf bei Trebbin“. Immer war der Bahnhof Trebbin ihr Ankunftsziel. Und dann der kleine Fußmarsch über die Löwendorfer Wiesen hin zum Ziel: der „Hachschara-Stätte – Landwerk Ahrensdorf“, so war ihre offizielle Zieladresse.

Das Programm sah für sie eine zweijährige Ausbildung in Landwirtschaft, Gartenbau, Viehhaltung vor. Das Zusammenleben in einer Gemeinschaft mussten sie nun auch erlernen. Sie sollten

Fortsetzung auf Seite 5

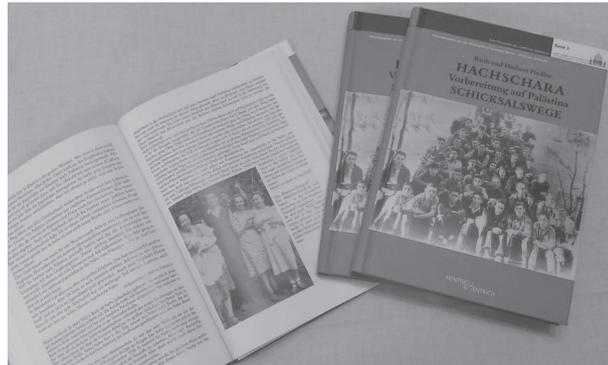
Fortsetzung von Seite 4

und wollten ja nach Palästina, und das hieß in einen Kibbuz, in eine Gemeinschaftssiedlung, was das auch immer zuerst für sie hieß. Sie kamen ja meist allein, aus gut behüteten Familien. Die große Gemeinschaft zum Leben und zum Arbeiten, das war etwas Neues für alle. Es ist nun eine fünfjährige Geschichte, über die hier berichtet werden könnte. In diesen fünf Jahren waren 304 Mädchen und Jungen auf Hachschara im Landwerk Ahrensdorf. Hergeschickt waren sie meist von ihrer Jugendorganisation Maccabi Hazair, dem jüdischen Pfadfinderbund. Und immer kontrolliert – streng! – von der Gestapo Potsdam.

Zuerst waren es zwei Jahre und die ersten Gruppen erhielten ein Ausreise-Zertifikat – zuerst sogar nach Schweden, dann nach Palästina. Ab 1938 wurden mit der Verschärfung des Naziterrors gegen die jüdische Bevölkerung auch die Ausbildungs- und Lebensbedingungen in der Hachschara-Stätte verschärft und verschlechtert. Nun lebten sie nur noch in der ängstlichen Hoffnung: herauskommen aus Deutschland. So wurden die Aufenthaltszeiten für die Mädchen und Jungen immer kürzer – ein Jahr, ein halbes Jahr, nur wenige Monate. Ab 1939 gab es keine offiziellen Reisedokumente mehr. Jüdische Organisationen organisierten nun unter heute unvorstellbaren Schwierigkeiten Sonder-Hachschara-Transporte, sogenannte SH1, SH2 ... bis zur SH7. Fast in jedem dieser Transporte waren Ahrensdorfer Kinder dabei. Aber es war ein weiter Weg aus Deutschland heraus, über Österreich, Jugoslawien und die Donau entlang.

Nicht allen gelang dieser Weg erfolgreich. So der Transport der SH5, er kam nur bis Jugoslawien. Hier sammelten sich über 1.000 jüdische Flüchtlinge und bekamen keine Transportmöglichkeiten für

den weiteren Weg. Bei einer der sogenannten Vergeltungsaktionen wurden 1.000 von der deutschen Wehrmacht ermordet. Darunter waren auch 15 Jungen und Mädchen aus Ahrensdorf. Lange Jahre blieb das nach 1945 unbekannt. Heute wissen wir auch von diesem Schrecklichen.



Ruth und Herbert Fiedler „HACHSCHARA“ ISBN 3-933471-78-8

So gelang auch nicht allen Jungen und Mädchen der Weg der Rettung, nicht alle konnten wir ermitteln. Der letzten Gruppe „unserer Ahrensdorfer“, es waren 35 Jugendliche und Kinder noch, blieb der Weg einer Rettung gänzlich versperrt. Ihr Weg führte nach der Schließung der Ahrensdorfer Hachschara zuerst in das Sammel- und Arbeitslager Neuendorf im Sande – auch einst langjährig eine Hachschara-Stätte – und dann 1943 im April mussten auch sie den Schreckensweg nach Auschwitz gehen. Heute kennen wir auch ihren Weg der Rettung und Ermordung.

Auf der Frühjahrsbuchmesse 2014 im März in Leipzig wird der Schweizer Schriftsteller Urs Faes sein neues Buch vorstellen, das auch die Geschichte unserer Ahrensdorfer Hachschara zum Inhalt hat. Er wurde dazu durch ein Foto auf unserer großen Homepage inspiriert, das er im Internet entdeckt hatte.

Nachbemerkungen:

Die Suche nach der Ahrensdorfer Hachschara-Geschichte erforderte

das Mittun vieler, seit 1991 über einen Freundeskreis zum Förderverein.

Unterstützung und Förderung fanden wir in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, dem Landkreis Teltow-Fläming, mehreren Ministerien Brandenburgs und, und, und. Unsere Unterstützer und Helfer füllen eine große Liste aus. Mit Ruth und unserer Tochter Monika suchten wir zehnmal in Israel und zweimal in Schweden nach den Überlebenden. Und auch hier in Deutschland fanden wir Überlebende dieser aufregenden Geschichte.

Unsere wichtigsten Publikationen zu unserer Forschungsarbeit:

- „Träume und Hoffnungen“
- eine blaue Buchkassette mit sieben Einzelheften zur

Hachschara-Geschichte

- „Hachschara-Vorbereitung auf Palästina – Schicksalswege“, herausgegeben von der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, – Mitarbeit in „Wer hätte das geglaubt“, herausgegeben von Roy Wiehn, Konstanz.

Die Einzelpublikationen, die wir zur Ahrensdorfer Geschichte, teils sogar ins Englische übersetzt (für Israel), schrieben, würden eine ganze Liste füllen.

Mehr als 1.500 persönliche Briefe aus Israel, Schweden, England und den USA, gerichtet an die Familie Ruth und Herbert Fiedler, 62 bereits auf DVD gespeicherte persönliche Interviews mit ehemaligen jüdischen Überlebenden dieser Geschichte.

Sie wurden bereits dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv übergeben. Das gesamte private Archiv unserer 20jährigen Forschungsarbeit wird im Jahr 2014 einen festen Platz im Archiv des Landkreises Teltow-Fläming in Luckenwalde erhalten und so für spätere Forschungen zugriffsbereit bleiben.

Dr. Herbert Fiedler, Luckenwalde

Kommunalpolitik ist Ehrenamt

In der Gemeinde Niedergörsdorf wird diskutiert, ob bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 in den größeren Ortsteilen wieder einzelne OrtsvorsteherInnen oder besser Ortsbeiräte gewählt werden sollen. Diese Frage betrifft besonders Altes Lager als mit rund 1.800 Einwohnerinnen und Einwohnern größten Ortsteil.

Die Gegner von Ortsbeiräten begründen ihre Haltung mit dem Argument, dass eine direkte Wahl der OrtsvorsteherInnen durch die BürgerInnen demokratischer sei als eine Wahl durch einen Ortsbeirat. Diese Argumentation wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Wahl der OrtsvorsteherInnen die einzige Aufgabe von Ortsbeiräten wäre. Diese Sichtweise ist aber falsch.

Ortsbeiräte vertreten über fünf Jahre in wichtigen Angelegenheiten den Ortsteil. Laut Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist der Ortsbeirat von der Gemeindevertretung oder dem Hauptausschuss zu hören, wenn es um die Planung von Investitionsvorhaben in dem Ortsteil, die Aufstellung, Änderung und Aufhebung des Flächennutzungsplans sowie von Satzungen nach dem Baugesetzbuch und bauordnungsrechtlichen Satzun-

gen, soweit sie sich auf den Ortsteil beziehen; die Planung, Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderungen und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen in dem Ortsteil, den Aus- und Umbau sowie zu Entscheidungen über Straßen, Wege und Plätze in dem Ortsteil, die Änderung der Grenzen des Ortsteils und die Erstellung des Haushaltsplans geht.

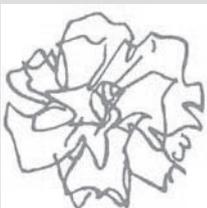
Darüber hinaus kann bestimmt werden, dass der Ortsbeirat über die Reihenfolge von Unterhaltung, Instandsetzung und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen einschließlich der Nebenanlagen, deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht, die Pflege des Ortsbildes und Pflege und Ausgestaltung von öffentlichen Park- und Grünanlagen und Friedhöfen in dem Ortsteil und die Unterhaltung, Nutzung und Ausstattung der öffentlichen Einrichtungen, deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht, entscheidet. Zur Förderung von Vereinen und Verbänden, zur Förderung und für die Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des Brauchtums und der Fremdenverkehrsentwicklung sowie für Ehrungen und Jubiläen kann die Gemeindevertretung dem Ortsbeirat Mittel zur Verfügung stellen.

Soweit kein Ortsbeirat zu wählen ist, nimmt der Ortsvorsteher oder die Ortsvorsteherin diese Aufgaben mit wenigen Ausnahmen wahr.

Dies ist ein sehr umfangreicher Aufgabenkatalog und daher sollte in dieser Debatte die Frage gestellt werden, ob die Vertretung der Belange eines Ortsteils mit 1.800 BürgerInnen, sehr verschiedenen Wohngebieten und Sozialstrukturen überhaupt von einer Person ehrenamtlich geleistet werden kann und ob dies wirklich demokratisch ist. Die Vielzahl der Berufstätigen in unserer Gemeinde, die meistens auch noch in entfernte Städte zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, sind von einem derart umfangreichen Ehrenamt sicherlich schon aufgrund der zeitlichen Anforderungen ausgeschlossen.

Will die Gemeinde ihre großen Ortsteile nicht zu Schlafstätten für Berufspendler verkommen lassen, sondern engagierte Bürgerinnen und Bürger für das kommunalpolitische Ehrenamt gewinnen, dann könnte sie dafür mit der Verteilung dieser Aufgaben auf mehrere Schultern durch die Bildung von Ortsbeiräten ein Zeichen setzen.

*Klaus Pollmann,
Altes Lager*



24. Familienfest am 1. Mai 2014

„100 % sozial, ob Europa, Landtag oder Kommunal“

DIE LINKE Teltow-Fläming auf dem Boulevard Luckenwalde
14.00 Uhr Eröffnung durch Felix Thier,
Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming
und Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE. TF

Zwischen 14.00 und 18.00 Uhr bei beliebiger Live-Musik mit den „Lustigen Beelitzern“,
Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie
der beliebten Tombola, Kaffee und Kuchen Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD
Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
Minibücher, Quiz mit Sachpreisen, Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Für unsere kleinen Gäste:

Happy Bouncer Spieleshow aus Potsdam sowie dem Mobilien Fahrradparcour
Für das leibliche Wohl ist gesorgt

Wir nehmen noch gern neuwertige Sachspenden für die Tombola entgegen!

Die VR China ist weiter auf sozialistischem Kurs

Rolf Berthold informiert über die 3. Tagung der ZK der KP Chinas

Nach dem XVIII. Parteitag der KP Chinas war die 3. Tagung des ZK von besonderer Bedeutung, wurden doch hier die weiteren grundlegenden Schritte für die allseitige Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft beschlossen. Die Medien hierzulande knüpften vor und während der Tagung die Wunschvorstellung, mit Reformen sei die Auflösung der sozialistischen Gesellschaft gemeint und China sei dann den Ausbeutungsbedingungen des Finanzkapitals ausgesetzt. Das Gegenteil ist der Fall: Die VR China wird weiter ihren Weg des Sozialismus chinesischer Prägung gehen.

Der Deutsch-Chinesische Freundeschaftsverein Ludwigsfelde hatte deshalb einen Vortrag organisiert, in dem die 3. Tagung und der weitere Weg der VR China im Vordergrund standen. Rolf Berthold, der von 1982 bis 1990 Botschafter der DDR in der VR China war, ist wie kaum ein anderer in der Lage, die Dokumente zu studieren und sie anhand umfangreicher Fakten und Erkenntnisse den zahlreichen Besuchern der Veranstaltung zu erläutern.

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Die Vertiefung der Reformen und Öffnungen haben eine klare Zielrichtung: Sie werden die sozialistische Gesellschaft stärken und so die Voraussetzungen schaffen, das Lebensniveau des Volkes schrittweise zu verbessern. Im Mittelpunkt steht der Mensch, Zweck der Entwicklung ist die Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse. Angestrebt wird zunächst ein bescheidener Wohlstand, der keinesfalls Gleichmacherei oder Polarisierung bedeutet, aber vorhandene Ungerechtigkeiten überwindet.

Es wird immer wieder hervorgehoben, dass sich der Sozialismus chinesischer Prägung in der Anfangsphase befindet und seine Verwirklichung längere Zeiträume in Anspruch neh-

men wird.

Die materielle Grundlage ist das ökonomische System

Die Entwicklung der ökonomischen Grundlagen wird unter Einbeziehung des Gemeineigentums sowie auch des Nichtgemeineigentums vollzogen, d.h., dass alle Eigentumsformen in die Entwicklung des Landes einbezogen werden. Die Zulassung marktwirtschaftlicher Mechanismen erweist sich als vorteilhaft für die Entwicklung der Außenbeziehungen, aber insbesondere für das Lebensniveau des Volkes. Sozialistische Marktwirtschaft bedeutet nicht zwangsläufig Kapitalismus.

Die Eigentumsverhältnisse sind so geregelt, dass die Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums erhalten bleibt. Grund und Boden, Bodenschätze, die Infrastruktur bleiben Eigentum des Landes. Die Zentralbank ist staatlich organisiert. Vier kleinere Banken haben jeweils spezielle Aufgaben.

Für privatwirtschaftliche Betriebe ist der Bestand garantiert. 50 Mio. kleine Unternehmen erhalten Steuererleichterungen.

Gezielt wird daran gegangen, die unterschiedliche Entwicklung von Stadt und Land zu überwinden. Auch in der Landwirtschaft gilt der Bestandschutz für private Pachtverhältnisse. Genossenschaftliche Betriebe werden unterstützt und gefördert.

Der Wohnungsbau wird so gestaltet, dass in Stadt und Land angemessener Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Geburtenkontrolle bleibt erhalten, wird aber der demographischen Entwicklung in den verschiedenen Regionen des Landes angepasst.

Dem Umweltschutz kommt nach der 3. Tagung ein wesentlich höherer Stellenwert zu.

Die führende Rolle der Partei

Die allseitige Vertiefung der Reformen

erfordert eine marxistische Regierungspartei, die alle Bevölkerungsschichten bei der Gestaltung der Gesellschaft mobilisiert. Die KP Chinas hat gegenwärtig eine zahlenmäßige Stärke von 60 Mio. Mitgliedern. Sie stellt sich dabei auch den gewachsenen Anforderungen bei der Aneignung und schöpferischen Anwendung der Lehren von Marx und Engels. Die Gewerkschaften, der sozialistische Jugendverband, die Frauenunion und andere gesellschaftliche Organisationen werden dabei einbezogen.

Die KP wird nach und nach ihre ökonomischen Kompetenzen an die Regierung und an regionale Verwaltungen abgeben.

Der Nationale Volkskongress ist das höchste demokratische Organ. Er ist vom Volk gewählt und übt seine Tätigkeit ausschließlich im Interesse des Volkes aus.

Die weitere Entwicklung des chinesischen Rechtsstaates

Hier geht es um die Schaffung einer gerechten sozialistischen Rechtsordnung mit einer hohen Autorität. Die Verfassung des Landes ist das grundlegende Gesetz der sozialistischen Ordnung. Vor dem Gesetz sind alle gleich. Keine Institution oder keine Person hat das Recht, sich über die Verfassung und über die Gesetze zu stellen. Das Rechtssystem dient auch der juristischen Sicherung der Menschenrechte. So wird die Verhängung der Todesstrafe auf ein Minimum reduziert. Die Arbeitererziehungslager werden abgeschafft – sie sind ohnehin historisch überlebt. Die Korruption wird noch wirkungsvoller bekämpft werden.

Auch alle hier nicht genannten gesellschaftlichen Bereiche sind in den Reformkurs, der von der 3. ZK-Tagung ausgegangen ist, eingebunden. Auch sie werden die neuen Anforderungen umsetzen.

Manfred Gustke, Luckenwalde

Notizen aus dem Karl-Liebnecht-Haus

von Maritta Böttcher

Keine Schonfrist für Ministerin Nahles

Das Jahr 2013 endete arbeitsmarktpolitisch, wie es begonnen hatte: Die Zahl der offiziell Erwerbslosen pendelt unverändert um die Drei-Millionengrenze und unverändert wird dieser Zustand auf dem Arbeitsmarkt als „robust“ bis „positiv“ beschrieben und verkauft. Diesen hohen Sockel aber als gegeben hinzunehmen, heißt Millionen Menschen und ihre Familien ausgrenzen.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit lag im Dezember viel höher, wie DIE LINKE auch in diesem Monat nachrechnet. Statt der offiziell 2,873 Millionen Menschen waren ohne statistische Tricks 3,713 Millionen Menschen betroffen. Die neue Arbeitsministerin Andrea Nahles könnte Vertrauen schaffen, wenn sie in einem ersten Schritt zur Ehrlichkeit zurückfände.

Statt Kosmetik an der Statistik braucht es endlich wieder eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Menschen in existenzsichernde Arbeit vermittelt, statt sie nur zu verwalten.

Ministerin Nahles hat keine 100-Tage-Schonfrist, um sich der drängenden Probleme anzunehmen. Ihre Vorgängerin von der Leyen hat jahrelang die desaströse Situation am Arbeitsmarkt weggelächelt - damit muss Schluss sein.

Mit dem Stammtisch durch die Wand

Bayerns Finanzminister Söder möchte einem neuen Länderfinanzausgleich nur zustimmen, wenn sich die Beiträge seines Landes halbieren. Noch laufen die Klagen Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich und gestalten konstruktive Gespräche über eine Neuordnung ohnehin schon schwer genug, da tönt es - passend zu den bevorstehenden Kommunalwahlen in

Bayern - erneut auf Stammtischniveau aus der Münchner Staatskanzlei. Neid und erpresserische Forderungen gehören offensichtlich zum bayerischen Werkzeugkasten in der politischen Debatte, das ist beim Thema Maut nicht anders. Dass Bayern selbst jahrelang von Zahlungen aus dem Finanzausgleich profitierte, wird vergessen. Dass Bayern sich damit einmal mehr gegen zentrale Vorgaben aus dem Grundgesetz stellt, scheint Söder egal. Wir brauchen eine sachliche und vernünftige Debatte um den Länderfinanzausgleich. Zwietracht und Neidkampagnen helfen nicht weiter.

Das Grundgesetz gibt den Weg vor: Die Schaffung zumindest „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im föderalen System der Bundesrepublik. Deshalb ist eine neue Föderalismus-Kommission nötig, die die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern für die Zeit nach 2019 auf solidarischem Weg löst. „Solidarisch - und nicht „, so Matthias Höhn.

Willkommenskultur statt Diskriminierung

Mit Erscheinen des Migrationsberichts 2012 ist von Rekordzuwanderung in die Bundesrepublik seit 1995 die Rede. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich diese Zahlen als Propaganda. Richtig ist, dass die Zahl der Zuwanderer und Zuwanderinnen gestiegen ist - allerdings auch die Zahl der AuswandererInnen. Somit ergibt sich für das Jahr 2012 eine Nettozuwanderung von 370.000 Menschen. Vier von fünf ZuwandererInnen kommen aus Europa, zwei Drittel davon aus einem EU-Mitgliedsstaat. Sie kommen, weil sie als EU-BürgerInnen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit das Recht dazu haben. Und sie kommen, weil in ihren Herkunftsländern die



Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer exorbitanten Erwerbslosigkeit geführt hat. DIE LINKE verteidigt die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Für uns ist Reise- und Bewegungsfreiheit ein nicht zu verhandelndes Grundrecht. Wir nehmen es nicht hin, dass auf dem Rücken von Zuwanderinnen und Zuwanderern, egal welcher Herkunft, rechtspopulistische Kampagnen initiiert werden, wie sie die CSU führt, während Deutschland gleichzeitig den Ländern Südeuropas ein verheerendes Spar- und Kürzungsdiktat aufzwingt.

Was wir brauchen ist eine Willkommenskultur und eine europaweit koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein Mindestlohn von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittsbruttolohns ist dringend notwendig, um das Ausspielen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verhindern, aber auch um den unsolidarischen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen EU-Ländern zu beenden. Wir streiten für eine EU, deren Leitgedanken Solidarität, Frieden, Demokratie und Freiheit sind und in der der gnadenlose Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die größten Sozialkürzungen beendet wird.

Unser Beschluss vom November (siehe Seite 3) war also folgerichtig und wir müssen ihn umsetzen. <



Gedenken in Luckenwalde

Am 27. Januar 2014 trafen sich anlässlich des 69. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz. Genossen der LINKEN zum ehrenden Gedenken am Ehrenhain und auf dem Stalag-Friedhof in Luckenwalde und legten Blumengebinde nieder. Es ist uns ein Bedürfnis, jedes Jahr derer zu gedenken, die durch die Naziherrschaft verfolgt und ermordet worden sind.



GenossInnen der LINKEN im Schneetreiben

Dabei verbinden wir das Gedenken mit unserer Forderung, den Anfängen neonazistischen Treibens entgegenzuwirken und solch menschenverachtendes Verhalten nie wieder zuzulassen.



Ehrenhain am Luckenwalder Stadtpark

Auch an der Gedenkveranstaltung in unserem Rathaus-Foyer nahmen Luckenwalder Genossen teil.

Annelore Müller, Luckenwalde

Der Haushalt 2014 ...

... für die Stadt Luckenwalde wurde am 28. Januar durch die Kämmerin eingebracht und wird nun in den Fachausschüssen diskutiert.

Erstes positives Ergebnis: Der Haushalt ist ausgeglichen. Begünstigend wirken dabei die steigenden Erträge wie z.B. die erhöhten Schlüsselzuweisungen durch das Land (+ 243.000 Euro), die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (+250.000 Euro) und bei der Einkommenssteuer (+ 400.000 Euro).

Das alles ist möglich trotz einer unveränderten Kreisumlage (47 %), aber veränderten Umlagegrundlagen, die mit Mehrausgaben von ca. 206.000 Euro zu Buche schlagen.

Auch wird sich der Zuschussbedarf für unsere Bäder, insbesondere die Flämingtherme, erhöhen. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang die geplante Mehrausgabe für ein Dienstfahrzeug von ca. 5.000 Euro auf ca. 9.000 Euro im Jahr. Wo bleibt da der Sparwillen des Betreibers? Beschlossen werden soll der Haushalt 2014 am 11. März. Wir laden jetzt schon die interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, die Beratungen der Ausschüsse dazu rege zu besuchen.

Fraktion für eine neue Feuerwache

Grundsätzlich sind wir für einen Neubau, der bitter notwendig ist. Mächtig verplant hatte sich aber die Verwaltung bei den Kosten. Trotz vorgegebenen Kostenbudgets von ca. 5,2 Mill. Euro bei der Wettbewerbsauslobung im November 2012 landete man im Januar 2013 schon bei über sieben Millionen Euro. Nun wurde Klartext gesprochen auf der Beratung des Finanzausschusses im Januar 2014. Die angepeilte Ausgabe liegt bei ca. 5,8 Millionen Euro trotz der abgespeckten Variante mit weniger Räumen, kleinerer Parkfläche und eingesparten Übungsgeräte, denn diese gibt es im Feuerwehrtechnischen Zentrum. Hat man dies alles nicht vorher gewusst?!

Manfred Thier,

Stadtverordneter, Linksfraktion

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Stadt Jüterbog tritt Bündnis „umFAIRteilen-Vermögenssteuer jetzt!“ bei

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE fasst die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD und LINKE folgenden Beschluss: „Die Stadtverordnetenversammlung Jüterbog beschließt, öffentlichkeitswirksam dem Bündnis ‚umFAIRteilen! - Vermögenssteuer jetzt!‘ beizutreten und sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer auszusprechen“.

Das Bündnis „umFAIRteilen!“ wurde 2012 durch einen Trägerkreis ins Leben gerufen, dem 24 Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen angehören. Das Bündnis ist parteipolitisch unabhängig und ihm gehören derzeit rund 40 bundesweite und mehr als 800 regionale UnterstützerInnen an. Darüber hinaus unterzeichneten mehr als 135.000 Personen, darunter auch zahlreiche KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen den Aufruf des Bündnisses, in dem

unter anderem die Einführung einer Vermögenssteuer gefordert wird. Steuersenkungen der vergangenen Jahre und die Aufwendungen zur Bankenrettung führten zu einer massiven Vermögensverteilung von unten nach oben. Mit den Forderungen, die das Bündnis aufstellt, soll ein weiteres Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich verhindert werden.

Zu den Forderungen des Bündnisses gehören unter anderem: die stärkere Besteuerung übergroßen Reichtums, die (möglichst) europaweite Einführung einer dauerhaften Vermögenssteuer und Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe, der konsequente Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen, auch auf internationaler Ebene. Das dadurch gewonnene Mehr an Finanzmitteln soll zu Investitionen für mehr Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit sowie Verbesserungen



Jüterbog

der öffentlichen Infrastruktur und des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden. Gerade im kommunalen Bereich sollen dadurch beispielsweise mehr Kita-Plätze, Investitionen in Bibliotheken und eine Verbesserung des Nahverkehrs – in der Summe eine Erweiterung der sogenannten freiwilligen Aufgaben bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung der Kommunen, also auch der Stadt Jüterbog – erreicht werden. Weitere Informationen zum Bündnis gibt es auf: www.umfairteilen.de

*Maritta Böttcher,
Fraktionsvorsitzende*

ROSA LUXEMBURG „Briefe aus dem Gefängnis“

Ein schmales Bändchen ist es nur – Briefe von Rosa Luxemburg an die befreundete Frau Karl Liebknechts, genannt von ihr „Sonja-Sonitschka“. Der erste Brief – noch in Freiheit – vom 07.07.1916, die anderen vom 05.08.1916 bis zum 18.10.1918. Sie, eine glühende Kämpferin gegen Krieg und Imperialismus, hatte vor dem Krieg eine Rede gegen Soldatenmisshandlungen gehalten, wurde dafür ein Jahr ins Gefängnis gesperrt, dann nach kurzer Freiheit wieder verhaftet und bis zur Novemberrevolution eingesperrt. Die Briefe an ihre Freunde und Genossen, hier an Sophie Liebknecht, gehen weit über das Private hinaus. Sie zeigen Rosa Luxemburg, die von ihren Feinden als grob, blutrünstig und grausam diffamiert wurde, als empfindsamen und gefühlvollen Menschen, der das Leid der Unterdrückten als eigenes Leid empfindet.

Sie sorgt sich um ihre Freunde und

Genossen, nimmt teil an ihrem Leben und versucht, sie zu trösten.

„Sonjuscha, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.“

Das schreibt sie im Dezember 1917. Ein plastisches Bild ihrer reichen Gefühlswelt tritt uns aus diesen Briefen entgegen. Sie fragt nach Büchern, bittet um Lesestoff, erkundigt sich nach kulturellem Geschehen (z. B. einem neuen Bild von Tizian im Museum), nach Musik und neuer Literatur. Sie beschreibt ihr Leben hinter den dumpfen Gefängnismauern und wie sie es erträgt.

Hier kommt ihre Liebe zur Natur, besonders zu den Vögeln zum Ausdruck. Sie beobachtet sie aus dem Fenster und auf dem Hofrundgang, lauscht ihrem Gezitscher und freut sich, wenn sie an ihrem Fenster vorbeifliegen.

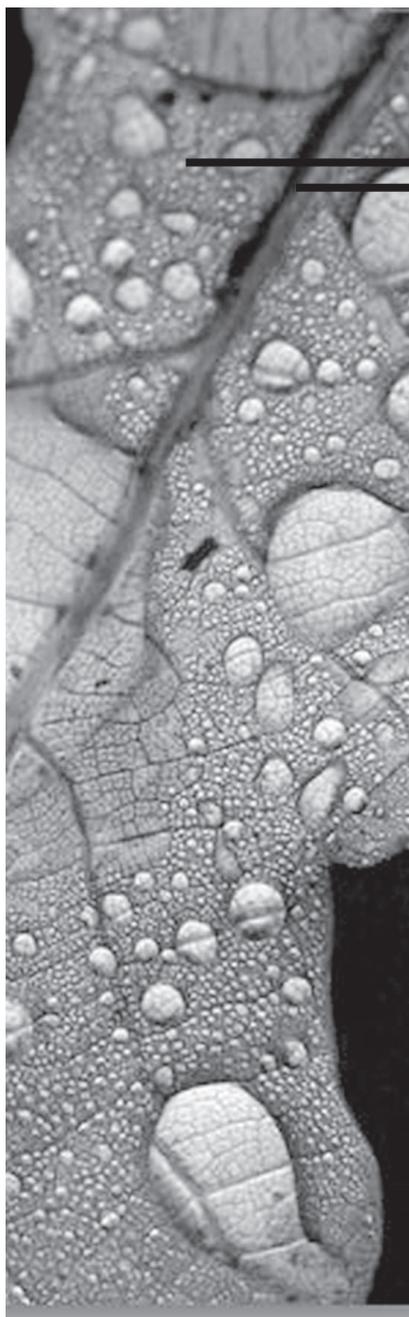
So lesen wir: „Um diese Stunde gab es immer noch irgendeine Amsel, die keine Ruhe finden konnte und plötzlich wie ein ungezogenes Kind kreischte oder plapperte aus dem Schlaf und geräuschvoll von einem Baum zum anderen flog.“

Dann im Mai 1917, ein prophetisches Wort: „*Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben, in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus.*“

So müssen wir sie ehren und im Gedächtnis behalten, sie und die vielen anderen Gefallenen und Ermordeten, Genossen und Freunde, alljährlich bei der machtvollen Ehrung im Januar und im täglichen gesellschaftlichen Leben.

Christa Zernick, Am Mellensee

*„Rosa Luxemburg -
Briefe aus dem Gefängnis“
Dietz Verlag Berlin GmbH
ISBN 978-3-320-02006-4*



Wir trauern

Unsere Genossin

Gertrud Busse

hat uns im Alter von 100 Jahren verlassen.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

DIE LINKE.
Basisorganisation
Rangsdorf

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

Wir gedenken unseres Genossen

Fritz Steinbach

Ehre seinem Andenken

DIE LINKE.
Stadtverband
Luckenwalde

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

Wir trauern um unseren langjährigen und verdienstvollen Vorsitzenden
der Basisorganisation und Stadtverordneten in Baruth/Mark

Horst Wende

Verstorben am 09. Januar 2014

In ehrendem Gedenken

DIE LINKE.
Basisorganisation
Baruth/Mark

DIE LINKE.
Kreisverband
Teltow-Fläming

Termine

11.02.2014 19.00 Uhr
AG Öffentlichkeitsarbeit
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

06.03.2014 15.00 Uhr
Frauentagsfeier Ludwigsfelde
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

11.03.2014 19.00 Uhr
AG Öffentlichkeitsarbeit
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

13.03.2014 15.00 Uhr
Frauentagsfeier Luckenwalde
WÜST Luckenwalde

Bildungsabend

Dr. Frank Schubert
Medienwissenschaftler:

„Vergessen Sie
die Tagesschau -
Nüchterne Betrachtung
sieht anders aus!“

am 12.02.2014 um 17.00 Uhr
Kreisgeschäftsstelle
DIE LINKE, Teltow-Fläming,
Zinnaer Straße 36,
Luckenwalde

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Ulrich Wunderlich in Trebbin zum 72. Geburtstag am 17.02.
Christine Wilske in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 19.02.
Ulrich Scholz in Malterhausen zum 71. Geburtstag am 19.02.
Erika Mehlfeld in Mahlow zum 74. Geburtstag am 22.02.
Ruth Gatzka in Ludwigsfelde zum 91. Geburtstag am 27.02.
Günter Gutsche in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 02.03.

Klaus Nebe in Zossen zum 65. Geburtstag am 16.02.
Christa Saß in Rangsdorf zum 80. Geburtstag am 03.03.
Bernd-Dieter Reich in Jüterbog zum 60. Geburtstag am 10.03.

LinksBlick – NEU AB APRIL 2014

Liebe Leserinnen und Leser,
der Kreisvorstand hat auf seiner Klausurberatung am 13./14.12.2013 nach umfangreicher Diskussion beschlossen, eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes DIE LINKE. Teltow-Fläming zu bilden mit dem Ziel der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes und seiner Gliederungen. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehören die Publikationen des Kreisverbandes und seiner Gliederungen, die Kreiszeitung „LinksBlick“, Presse-Erklärungen, Newsletter und andere Veröffentlichungen der Kreistagsfraktion und der Fraktionen in den kommunalen Vertretungen in den Städten, Gemeinden und Ortsteilen. Ebenso gehört zur Öffentlichkeitsarbeit die Gestaltung der Geschäftsstellen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Gestaltung von Informationsständen usw.. Höchste Prio-



rität der Öffentlichkeitsarbeit in unserem Kreisverband hat die Darstellung unserer kommunalpolitischen Arbeit als das Herzstück unserer Politik vor Ort.

Aus der sehr intensiven Diskussion und Konsultation mit Experten verschiedener Printmedien hat der Kreisvorstand am 13. Januar 2014 beschlossen, den LinksBlick qualitativ zu verbessern und das Layout grundlegend zu überarbeiten. Deshalb ist diese Ausgabe mit dem bisherigen Layout und dem monatlichen Erscheinen die letzte!

Die neugestaltete Kreiszeitung wird zwölf Seiten umfassen - Acht Seiten vom Kreisvorstand und einen vierseitigen Einleger der Kreistagsfraktion. Sie wird sechs Mal im Jahr und durchgängig in Farbe erscheinen. Ich weiß, dass alles vom Gewohnten Abweichende erst einmal kritisch betrachtet wird. Das wollen wir auch ausdrücklich! Freuen wir uns gemeinsam auf den nächsten LinksBlick am 15. April 2014!

Maritta Böttcher
Stellv. Kreisvorsitzende
für Öffentlichkeitsarbeit

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 74 15, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 15. Januar 2014

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Felix Thier, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming